

Bücher

Autor(en): **Steiger, Hans**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **97 (2003)**

Heft 4

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Marianne Leemann: Totengräber der Demokratie. Kommunisten, Faschisten und Nationalsozialisten in der Deutschschweizer Presse von 1918–1923. Chronos-Verlag, Zürich 2003, 632 Seiten, 78 Franken.

Dissertationen müssen nicht langweilig sein. Marianne Leemann legt eine *historische Presseschau* vor, die politisch Interessierten auf spannende Weise einen wichtigen Zeitraum erhellt. Auch wenn einen vielleicht Titel und Untertitel des Buches – mit der Aufzählung von drei gegen die Demokratie gestellten Extremen auf einer Linie – auf Anhieb stören: ganz so einfach macht es sich die Autorin in ihrer Bilanz nicht. Aber sie nennt *Parallelen*: «Sowohl die Kommunisten als auch die Faschisten und die Nationalsozialisten predigten die beschleunigte Veränderung der bisherigen Welt und setzten dabei gezielt Normverletzungen ein.» Das sei damals etwas Neues gewesen, die Folgen kaum abzuschätzen. Entsprechend gross das Interesse der Öffentlichkeit. Und die Zeitungen trugen dem Rechnung. Medien funktionieren heute nicht anders.

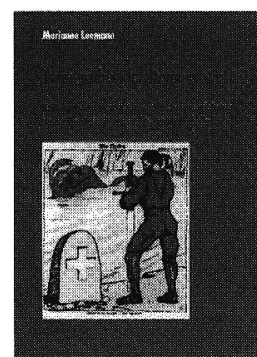
Wer sich die Umbrüche nach dem Ersten Weltkrieg von mehr als einer schweizerischen Zeitung rapportieren liess, konnte durchaus ein *differenziertes Bild* von dem gewinnen, was sich im nahen und etwas fernerem Ausland tat. Doch es dürften wenige gewesen sein, die damals «Neue Zürcher Zeitung», «Volksrecht» und «Vaterland» zur Verfügung hatten. Diese drei für die wichtigsten politischen Strömungen repräsentativen Blätter bezieht die Studie ein. Wer nur eines zur Kenntnis nahm, hatte es wohl schwer, dem jeweils gepflegten Feindbild zu widerstehen. Dem *katholisch-konservativen* «Vaterland» war der Sozialismus das Grundübel und der Kommunismus dessen gern vorgeführtes Extrem, während der Faschismus, insbesondere auch sein Antisemitismus eher wohlwollend oder mild beurteilt wurde. Da konnte durchaus von «Judäobolschewisten» als den Abgesandten des Antichristen die Rede sein.

Bei der NZZ kam es oft auf den Korrespondenten an, wie eine Entwicklung oder eine Person beurteilt wurde. Die *deutschen Sozialdemokraten* kamen relativ gut weg – je mehr und gewaltsamer sie als Mit-

regierende *gegen die revolutionäre Linke* antraten, desto besser. Oft musste sich das «Volksrecht», mit dem das Organ des Freisinns in einer innerzürcherischen Dauerfehde stand, als vernünftiger taxierte Kommentare der SPD-Presse vorhalten lassen. Wenn gerade Wahlkampf war, griff auch das noblere Blatt gern zum Zweihänder. 1922 etwa, als der Entscheid über die repräsentive *Lex Häberlin* anstand, erschien dort sogar auf der Titelseite ein Gedicht, mit dem gezeigt werden sollte, um was es bei der Abstimmung ging: «Helvetia oder Lenin?» Nach dem knappen Nein jubilierte das «Volksrecht» gleichfalls gereimt: «Der Landvogt ist getroffen / Und seine Lex ersoffen... Ja ja / Trara!» Nun habe sich gezeigt, dass das Volk «keinen reaktionären Polizeistaat» wünsche.

Mit besonderem Interesse verfolgte ich die politische Linie beim «Volksrecht» in der Zeit der Spaltung der Linken. *Ernst Nobs*, später SP-Bundesrat, war damals Chefredaktor der Zeitung. Er warb für das Zusammengehen mit den Moskauer Kommunisten in einer III. Internationalen, selbst nachdem die sozialdemokratische Parteibasis dies im September 1919 verwarf. Erst als ihn die diktatorischen Allüren der Komintern-Oberen mit persönlichen Anwürfen direkt berührten, liess er die Hoffnung auf ein geeintes Weltproletariat fahren. Das nun klar sozialdemokratische Organ hielt sich mit Kritik am Vorgehen der russischen Machthaber nicht mehr zurück.

Tragisch wirkt, wie im zweiten Teil des vom Buch geöffneten Zeitfensters die radikale Linke als Thema in den Hintergrund rückt; die «Gefahr von rechts» drängt ins Blickfeld. Kaum bewusst war mir vor dieser Lektüre, dass die erste grössere faschistische Welle aus *Ungarn* kam. Dann taucht *Mussolini* auf, gefolgt von *Hitler*. Verblüffend, was über den Führer davorab in Bayern auftretenden «Hundertschaften mit Hakenkreuzfahnen», den Machtanspruch und das Umfeld der nationalsozialistischen Bewegung in unseren Zeitungen bereits ein Jahrzehnt vor der Machtübernahme zu lesen war. 1923 berichtete das «Vaterland», dass Adolf Hitler in München «seinen 34. (!) Geburtstag mit zirkusartiger Aufmachung» feierte; ein grosses bürgerliches Blatt habe um die Person «einen wahren Götzenkult



getrieben und so ziemlich jede Hirnrissigkeit dieses teils kindisch-naiven, teils masslos überheblichen Weltverbessers gedeckt». Oder die NZZ: «Er ist kalt bis ans Herz hinan.» Das sei «kein Berufspolitiker, kein Narr», es habe dieser «Psycholog aus Instinkt» noch andere Pfeile im Köcher. Und im «Volksrecht» wird an «äusserst grosszügige Geldgeber» erinnert, die «Geburtshelfer der Rechtsdiktatur» seien.

Geschichtsbilder, Widerstand, Vergangenheitspolitik. Herausgegeben von Otmar Hersche im Auftrag der Paul Grüniger Stiftung. WoZ, Zürich 2002, 126 Seiten, 20 Franken.

Auf die in den ersten Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts schon deutlich vorgespurte Geschichtskatastrophe des Zweiten Weltkriegs geht ein schmales Büchlein ein, das Referate einer *Tagung der Paul Grüniger Stiftung* in Zürich enthält. Genauer: auf die Rolle der Schweiz sowie den Widerstand, der damals dem offiziellen Anpassungskurs erwuchs. Wem die Berichte der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK) als Bücherberg zu abschreckend sind, dem machen hier Beiträge von *Otmar Hersche* und *Paul Rechsteiner* zumindest deutlich, wie wichtig die neu versuchte Geschichtsaufarbeitung war. Auch ihre Schwächen werden angesprochen. Allzu häufig tauchten bei den UEK-Expertisen unpersönliche «man»-Formulierungen auf. Es werde vermieden, Akteure zu benennen.

Das ist bei der kleinen Dokumentation aus der Thema WoZ-Reihe nicht der Fall. In den Beiträgen zum *Widerstand von unten*, die hier den Schwerpunkt bilden, wird stets mit konkreten Beispielen gezeigt, was gemeint ist. So konnte die scheinbar «unpolitische» Hilfe, die Schweizer Frauen im In- und Ausland den Kindern von Verfolgten zukommen liessen, hoch brisant sein. Deutlich die Worte, mit denen sich *Georgine Gerhard* als Leiterin eines Hilfswerk für Emigrantenkinder an Verantwortliche wandte: «Ich begreife die Schwierigkeiten der Behörden, aber es gibt eben doch eine Knorzigkeit, die der Schweiz unwürdig ist.» Dem berüchtigten Chef der Polizeiabteilung des Justiz- und Polizeidepartementes, *Hein-*

rich Rothmund, bescheinigte sie am 12. März 1935, dass «wir Schweizer es ja meisterhaft verstehen, die Notleidenden von uns fernzuhalten».

Antonia Schmidlin beschreibt solche *Frauen als «resistent»*. Dies in doppeltem Sinn: «Sie waren resistent sowohl gegen den selbstgefälligen Mythos der humanitären Schweiz, den sie infrage stellten, als auch gegen die restriktive Flüchtlingspolitik, der sie sich widersetzten.» *Stefan Keller* berichtet über Vorgehen und Motivation sogenannter *Emigrantenschmuggler*. Gerichtsurteile gegen «Judenschlepper» werden aufgeführt. *Peter Huber* befasst sich mit den *Spanienfreiwilligen*, denen gegenüber sich unser Land auch nach dem Krieg weitaus beschämender verhielt als andere Demokratien.

Eindrücklich ist auch die im Anhang wiedergegebene Würdigung des Hitler-Attentäters *Maurice Bavaud* durch *Stephan H. Pfürtnner*. Wir hätten «nur ganz wenige herausragende Persönlichkeiten des Widerstandes gegen das NS-Regime und seinen europäischen Terror» vorzuweisen. Sie sollten wir in der jüngeren Vergangenheit als Symbolgestalten helvetischer Freiheitsgeschichte erkennen, sie öffentlich anerkennen. Wenigstens jetzt. Als der Landsmann in Berlin vor dem «Volksgerichtshof» stand, verhielt sich die Schweiz kläglich; sein Gang auf das Schafott in Plötzensee sei anno 1941 «ein sehr einsamer» gewesen. Pfürtnner, der als Deutscher in Fribourg einen Lehrstuhl für Moraltheologie innehatte, betont als Hintergrund von Bavaud neben der Einbettung in seine Familie sowie in die schweizerische Demokratiegeschichte dessen *kirchliche Prägung*. Er hatte Missionar werden wollen. Obschon sich sein Kirchenverhältnis veränderte, blieb er der Kirche verbunden, «gerade angesichts seines Todes». Die aber habe sich mit der Herausforderung seiner Tat, dem versuchten *Tyrannenmord*, bis heute kaum befasst. *Hans Steiger*

